



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2014 – 2019

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

2014/2089(DEC)

8.12.2014

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

für den Haushaltskontrollausschuss

zu der Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte für das Haushaltsjahr 2013
(2014/2089(DEC))

Verfasserin der Stellungnahme: Sylvie Guillaume

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ersucht den federführenden Haushaltskontrollausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt die Schlussfolgerungen des Rechnungshofs, wonach der Jahresabschluss der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) die Finanzlage der Agentur zum 31. Dezember 2013 und die Ergebnisse ihrer Vorgänge und Cashflows für das an diesem Stichtag endende Haushaltsjahr in allen wesentlichen Belangen sachgerecht darstellt und die dem Jahresabschluss der FRA für das Haushaltsjahr 2013 zugrunde liegenden Vorgänge in allen wesentlichen Punkten rechtmäßig und ordnungsgemäß sind;
2. stellt fest, dass der Betrag der auf 2014 übertragenen Mittelbindungen für die Titel II (Verwaltungsausgaben) und III (operative Ausgaben) zwar hoch ist, was allerdings vornehmlich bei Titel III darauf zurückzuführen ist, dass die operativen Projekte der Agentur einen mehrjährigen Charakter haben;
3. vertritt generell die Auffassung, dass der Schwerpunkt stärker auf der Durchsetzung der wirtschaftlichen Haushaltsführung der FRA liegen sollte, insbesondere der Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Effektivität, mit der sie ihre Mittel bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben eingesetzt hat.